

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

5. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geißelstr. 9-5 Uhr

Verleger: Docuclis-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindestrasse 3
Verlagsdruckerei: Dönhofs 202-207

Amnestie für Knoll-Kußmann?

Was soll hier vertuscht werden?

Wiederholt wurde dieser Tage in der Presse behauptet, daß das Verfahren gegen den ehemaligen Staatsanwaltschaftsprofessor Kußmann und seinen Freund, den deutschnationalen Spionageschef Knoll, auf Grund der Amnestie eingestellt werden solle. Da die Meldung bisher nicht vom preussischen Justizministerium dementiert wurde, so ist in der Tat damit zu rechnen, daß derartige Absichten zurzeit bestehen, mindestens erwogen werden.

Die Einbeziehung der Kußmannschen Verfehlungen unter die Amnestie würde zunächst aus rein juristischen Gründen bedenklich erscheinen, da die Ueberlassung der Barmatakten an Knoll möglicherweise ein mit Zuchthaus bedrohtes Amtsverbrechen Kußmanns darstellt, wenn man nämlich davon ausgeht, daß durch diese Ueberlassung Knoll Vorteile hatte. Dies kann aber kaum zweifelhaft sein, da Knoll die Spionage und die Veröffentlichung von geheimen Akten berufsmäßig betrieb, also durch die Ueberlassung der Barmatakten in seinem unsauberen Erwerb gefördert wurde. Die Amnestie greift auch nur Platz für Handlungen, die im politischen Kampfe erfolgt sind. Eine Amnestierung Kußmanns würde daher das Geständnis enthalten, daß

Kußmann sich in der ganzen Sache nicht als Vertreter einer objektiven Behörde, der Staatsanwaltschaft, sondern als politischer Vorkämpfer der deutschnationalen Barmat- hege gefühlt und entsprechend gehandelt habe.

Nun gewinnt es aber immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß mit den bisher öffentlich bekannt gewordenen Beziehungen zwischen Knoll und Kußmann der Komplex der staatsanwaltschaftlichen Verfehlungen noch bei weitem nicht erschöpft ist. Die Beziehungen Knolls zur Staatsanwaltschaft sind augenscheinlich noch viel enger und bedeutsamer gewesen. Sollte Herr Knoll etwa damit gedroht haben, daß er in der auf den 11. November festgesetzten öffentlichen Verhandlung diese Beziehungen restlos enthüllen würde, wenn man ihn durch die Gefahr einer strafrechtlichen Beurteilung hierzu zwingen sollte? Und sollte es irgendwelche Stellen geben, die solche Enthüllungen fürchten und ihnen durch Einstellung des Verfahrens zuvorkommen möchten? Wir bitten um eine recht baldige und bestimmte Antwort, indem wir heute schon versichern können, daß alle Versuche, den Skandal der Staatsanwaltschaft zu vertuschen, umsonst sein werden.

Wahlen in der Tschechoslowakei.

Von Josef Stöckl.

Prag, 4. November.

Am Sonntag, den 15. d. M. finden in der Tschechoslowakei allgemeine Parlamentswahlen statt. Beide Kammern der Nationalversammlung wurden vorzeitig aufgelöst. Das Abgeordnetenhaus hätte sonst bis Frühjahr 1926 arbeiten sollen, der Senat noch um zwei Jahre länger. Die vorzeitige Auflösung hat die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei bewirkt. Ihre Reichspartei-vertretung hat im Juni die Forderung nach Auflösung gestellt, nachdem die Partei die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß das Parlament bereits durch die Symptom des Wahlsiebers betroffen war, welche sich besonders in der Sabotierung der geschäftlichen Arbeit in der Koalition äußerten.

Die agrarische und die Nationaldemokratische Partei hatten in Verneinung der bisherigen Grundsätze der Koalitionspolitik versucht, entweder verschiedene volksfeindliche Maßnahmen, welche beim Zustandekommen des Regierungsprogramms abgelehnt wurden, durchzuführen, oder die Durchführung einiger Volksnotwendigkeiten, die einen Bestandteil des Regierungsprogramms bildeten, aber bisher nicht durchgeführt werden konnten, zu vereiteln. Diese bürgerliche Politik hat die Verhältnisse in der Koalition und auch im Parlament unerträglich gemacht. Die bürgerlichen Parteien gaben zum Schluß ihre Zustimmung zur Auflösung.

Die Wahlbewegung ist bisher ziemlich ruhig, fast teilnahmslos verlaufen. Die riesige tschechoslowakische Zuder- rübenindustrie hat eben in diesen Tagen die höchste Kampagne. In den Zuderfabriken wird in drei Schichten zu acht Stunden Tag und Nacht gearbeitet, auch die Rübenfelder erfordern noch große Arbeit der Bevölkerung. Das ist auch ein Grund für die geringe Teilnahme an den Wählerversammlungen im Lande. Die oppositionellen Parteien haben für die Wahlen eine einfache und einige Parole: „Weg mit der Koalition!“ Leider fehlt es dabei an Rezepten, welches Regierungssystem an ihre Stelle treten soll. Mit einem Beitritte irgendwelcher deutschen Partei zur Regierungsmajorität kann man heute nicht rechnen, und so bleibt noch immer als die einzige Lösung eine Koalition der tschechoslowakischen Parteien, die aber ohne Teilnahme der sozialistischen Partei voraussichtlich auch in nächster Zukunft nicht fähig sein wird, eine Majorität zu bilden.

Die Kommunisten wollen bei den Wahlen die Sozial- demokratie vertilgen, indem sie predigen, daß sie in der Koalition die Interessen der Arbeiterschaft nur geschädigt habe und der Arbeiterschaft keine Vorteile brachte. Das ist nämlich die „bedingte Revolutionspolitik“ unserer Kommunisten, die nicht wagen, im Wahlkampf offen für die „Diktatur des Proletariats“ zu sprechen. Sie gebärden sich nur so, als ob sie gegen die Koalitionspolitik eigentlich nicht grundsätzlich ständen. Eine neue tschechische agrarisch-konservative Partei, geführt vom gewesenen österreichischen Minister Karl Braschek, wirkt wieder der Koalition vor, daß sie durch ganze Jahre nur der Sozialdemokratie gedient und das ganze Erfurter Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Partei zum Gesetz gemacht habe. Die Nationaldemokratische Partei des Dr. Kramarich ist arg bedroht durch Bildung einer neuen „Arbeiterpartei“, die von Intellektuellen geführt, dem tschechoslowakischen Liberalismus ein neues Antlitz verleihen will. Sie fokettiert auch ein bißchen mit dem Sozialismus, aber dabei scheut sie nicht vor den üblichen bürgerlichen Niederträchtigkeiten gegen die sozialistischen Parteien zurück. Den Kampf gegen Dr. Kramarich führt diese Partei unter anderem auch mit der Lösung einer veröhnlicheren Politik gegen die Deutschen und für die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands.

Die deutschen bürgerlichen Parteien haben versucht, eine nationale Einheitsliste zu bilden, aber die deutschen Genossen haben abgelehnt und dadurch den ganzen Plan zunichte gemacht. Von den deutschen Parteien kandidiert nicht mehr die Demokratische Partei wegen vollständiger Aussichtslosigkeit. Sie war besonders durch den Prager Prof. Kotta, einem guten Kenner der auswärtigen Politik, vertreten. Die größten Hoffnungen auf den Wählerfolg liegen bei den Merkanten, von denen der tschechische Flügel in der Regierung ist, während der slowakische Flügel die niederträchtigste reaktionäre Kampagne gegen alle republikanischen und demokratischen Einrichtungen und gegen die Einheit des Staates führte, dabei einem magyarischen Irredentisten Prof. Tuka folgend. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie führt den Wahlkampf auf drei Fronten, gegen die Bourgeoisie, gegen die Merkantile Reaktion und gegen die Kommunisten.

Bei den letzten Wahlen im April 1920 wurden 72 tschechoslowakische sozialdemokratische Abgeordnete und 32 deutsche Genossen gewählt, außerdem 3 magyarische Genossen (Das Abgeordnetenhaus zählt 300 Mitglieder.) Die Spaltung durch die Kommunisten kam erst nach den Wahlen. Vor der jetzigen Auflösung des Hauses zählten die tschechoslowakischen Sozialdemokraten 55 Abgeordnete, die deutschen Genossen 30, die Kommunisten 19, die unabhängigen Kommunisten 8, magyarische Genossen 3. Diese Verteilung der Mandate zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war rein zufällig, weil sie rein individuell geschahen ist. Bei den kommenden Wahlen wird das Kräfteverhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten zum ersten Male festgesetzt.

Die kommunistische Partei erlebt jetzt eine schwere Krise. Fast jeden Tag meldet in den sozialdemokratischen Blättern ein kommunistischer Führer seinen Austritt aus der kommunistischen Partei. Trotzdem kann man die Stärke dieser Partei

Das „Ja“ und die Indiskretion.

Zimmer noch Schiele.

Die jüngste amtliche Veröffentlichung über das „laute Ja“, das Herr Schiele am 19. Oktober in einer Kabinettsitzung gesprochen hat, findet in der Rechtspresse geteilte Aufnahme. Die „Kreuzzeitung“ glaubt die Intelligenz ihrer Leser richtig einzuschätzen, indem sie jede Kommentierung der amtlichen Meldung unterläßt und einfach darüber schreibt: „Zurückgewiesene Lügen.“ Die Hugenberg-Presse und die „Deutsche Tageszeitung“ sind nicht ganz so mutig. Sie geben zu, daß die amtliche Meldung in ihrem Kern nicht „Lügen zurückweist“, sondern die sensationelle Indiskretion des „Berliner Tageblattes“ über Herrn Schieles Haltung im Kabinett bestätigt. Desto stärker ist ihre Entrüstung über die verübte Indiskretion.

Eine Indiskretion liegt zweifellos vor. Zweifellos ist es ungeschöblich, vertrauliche Äußerungen aus einer Ministeritzung in die Öffentlichkeit zu bringen. Auf der andern Seite wird aber doch zugegeben werden müssen, daß es wirklich unmöglich ist, die Stellung der früheren deutschnationalen Minister zum Vertrag von Locarno als ein Staatsgeheimnis zu behandeln. Die drei Herren sind zurückgetreten, und es wäre zunächst ihre Sache gewesen, die Öffentlichkeit über die Gründe ihres Rücktritts zu unterrichten.

Sind sie zurückgetreten, weil sie das Werk von Locarno ablehnten und sich darüber mit ihren bisherigen Ministerkollegen überwarfen? Oder sind sie zurückgetreten, weil sie das Werk von Locarno billigten und darüber mit ihrer Partei in Konflikt gerieten? Auf diese Frage eine Antwort zu verlangen, ist doch wahrhaftig keine Unbescheidenheit.

Infolge der verschiedenen Indiskretionen weiß jetzt die Welt, daß die drei mit allem einverstanden waren. Sie griffen auf der Regierungswende wie die harmlosen Vänner, bis sie plötzlich gepackt und in den Parteistall zurückgetrieben wurden. Sie haben sich das gefallen lassen ohne ein Wort des Widerspruches, ohne den geringsten Versuch, das zu verteidigen, was doch bis zum Augenblick ihrer Abberufung sozusagen ihre Ueberzeugung gewesen ist. Daß dieses Verhalten auf die im Kabinett Zurückgebliebenen einigermäßen aufreizend wirkte, läßt sich begreifen, und so wird man den Verübenden der Indiskretionen zum mindesten mildernde Umstände zubilligen müssen.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, „das Ganze ist ein unerhörter Skandal“, so stimmen wir dem zu, wobei wir den Ton auf die Worte „das Ganze“ legen. Der Skandal beginnt mit dem unmännlichen und unwürdigen Verhalten der deutschnationalen Minister, die dadurch die verübten Indiskretionen geradezu herausgefordert haben.

Trost.

Man kommt schon wieder zusammen!

Die „Kreuzzeitung“ findet den gestrigen Zentrumsbeschlus nur halb so schlimm. Sie meint:

Das Zentrum . . . hütet sich aber auch, den Ausschluß der Deutschnationalen aus der Regierung auf die Dauer zu proklamieren und kommt so dem Drängen der Linken nur halb entgegen. Ein Zeichen dafür, daß die Gesamtsituation wesentlich ruhiger denkt und die Situation wesentlich kritischer beurteilt als die linkspolitischen Kenner in der „Germania“.

Die „Kreuzzeitung“ denkt: „Duffe, gedulde dich sein! Ueber ein Stündlein ist deine Kammer voll Sonnenschein.“

In derselben Richtung liegt ein Artikel der volksparteilichen „Köln. Ztg.“, in dem ausgeführt wird, der Versuch der Linken, „zwischen Rechts und Links im deutschen Volke eine dauernde Kluft aufzuwerfen“, sei „unverantwortlich“. Auch der Beschlus, den die Parteivertreter bei Lützen fällten, worin gefolgert wird, daß sich die Deutschnationalen selbst aus der Regierung ausgeschaltet hätten, sei bloß eine Feig-

stellung für die Gegenwart und Lasse für die Zukunft „alle Möglichkeiten offen“.

Man ist also im Lager der Rechtskoalition trotz allem sehr hoffnungsfreudig gestimmt.

Kindermann und Wolsch begnadigt.

Zehn Jahre Gefängnis.

Moskau, 5. November. (WIZ.) Die „Iswestija“ meldet, hat das Präsidium des Zentralerklärungskomitees der Sowjetunion am 31. Oktober beschlossen, die vom Obersten Gerichtshof am 3. Juli zum Tode verurteilten deutschen Staatsangehörigen Kindermann und Wolsch und den estnischen Staatsangehörigen von Dittmar unter Anrechnung der Untersuchungszeit zu 10 Jahren Gefängnis zu begnadigen.

Die Begnadigung der jungen Abenteuer, die mit phantastischen, aber sicher nicht gefährlichen Plänen nach Rußland gereist waren, kommt nicht überraschend. Ein Todesurteil hätte in einem Fall wie dem vorliegenden in keinem europäischen Staat gefällt werden können, ja es ist fraglich, ob nach europäischen Begriffen ein strafbarer Tatbestand überhaupt vorlag. Aber auch die zehnjährige Freiheitsstrafe, zu der die drei zum Tode Verurteilten jetzt begnadigt sind, ist eine Waffe in der Hand derer, denen Urteile gegen kommunistische Arbeiter in Deutschland und anderwärts niemals hart genug sein können. Die russische Regierung hätte besser getan, die drei „lästigen Ausländer“ — Schlimmeres waren sie ja nicht — in aller Stille über die Grenze abzuschicken, und das wird sie ja wohl auch bald tun.

Die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik seinerzeit ausgesprochene Todesstrafe gegen die Kommunisten Neumann, Boege und Skoblewski ist im Gnadenwege in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden. Ob diese deutsche Begnadigung oder der Moskauer Gnadenakt gegen Kindermann, Wolsch und Dittmar zeitlich vorangegangen ist, läßt sich im Augenblick nicht sagen.

Der thüringische Skandal.

Das Justizministerium sucht sich aus der Affäre zu ziehen. Der Oberstaatsanwalt kündigt neue Erklärungen an.

Jena, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kahlbarette zwischen der thüringischen Regierung und dem Oberstaatsanwalt Dr. Frieders wird in Presseerklärungen munter fortgesetzt. Auf die gestrige Erklärung des Oberstaatsanwalts antwortet heute die Regierung in längeren Ausführungen. Sie erklärt darin, daß das Justizministerium „nur bei einer gelegentlichen mündlichen Aussprache den Vertreter des Generalstaatsanwalts an Hand gegeben habe, zu verfügen, daß in besonders schwierigen Prozessen zwei Staatsanwälte die Anklage vertreten möchten.“ An einer Stelle dieser Regierungserklärung heißt es, daß das Verhalten des Oberstaatsanwalts unso unerständlicher sei, als das Justizministerium ihm die Möglichkeit geboten habe, die Anklage nicht zu vertreten. In einer am 28. Oktober, einen Tag vor der Hauptverhandlung eingegangenen Eingabe habe Herr Frieders gegen die Verfügung des Generalstaatsanwalts wegen seiner Teilnahme an der Hauptverhandlung Vorstellung erhoben. Am Morgen des 29. Oktober, noch vor Beginn der Verhandlung, sei ihm telefonisch mitgeteilt worden, daß ihm frei stehe, die Anklage mit zu vertreten. Er habe geantwortet, dies müsse ihm, ehe er sich entschließen könne, schriftlich mitgeteilt werden. Eine schriftliche Eröffnung habe das Justizministerium abgelehnt, da dies wie eine Anweisung hätte gedeutet werden können.

Diese Erklärung der thüringischen Regierung ist voller Widersprüche. Der Oberstaatsanwalt hat auf Grund einer Verfügung des Generalstaatsanwalts die Mitwirkung in dem Prozeß zu übernehmen gehabt und das Justizministerium konnte ihn naturgemäß nur mit Zustimmung des Generalstaatsanwalts von diesem Auftrage entbinden. Wie wir hören, hat Oberstaatsanwalt Dr. Frieders eine weitere Erklärung in Aussicht gestellt, in der er ganz deutlich zu werden beabsichtigt.

nicht unterschätzen. Sie hat zwar fast keine Organisationen mehr, ihre Presse liest niemand, aber die zurückgebliebenen Elemente der Arbeiterklasse werden noch für diese Partei stimmen. Die Verbreitung des Kommunismus in der Tschechoslowakei hat ihre besonderen Ursachen. Einerseits ist die tschechoslowakische Sozialdemokratie seit dem Entstehen des Staates fast ununterbrochen in der Koalition, welcher Umstand den Kommunisten eine leichte Angriffsmöglichkeit bietet, andererseits lebt noch immer in den breiten Massen des tschechoslowakischen Volkes der Aberglaube an den „großen Russen“, welcher uns einmal „die Freiheit bringen wird“. Diese nationalistischen Hoffnungen auf den Zarismus, die über ein Jahrhundert eine politische Religion der naiven Massen des tschechoslowakischen Volkes waren, sind geblieben, nur haben sie neue Formen angenommen. Die Leute, die an die nationale Befreiung durch den Zaren geglaubt haben, glauben jetzt — nach der politischen Befreiung — an die soziale Befreiung durch Trozki! Aber es scheint, daß gerade so, wie den Zaren zum Schluß keine Zeit für die Befreiung der Tschechoslowaken übriggeblieben ist, daß so auch die russischen Bolschewiken auf die soziale Befreiung verzichten und den tschechoslowakischen Kommunisten sagen müssen, daß die Befreiung der Arbeiter nur durch die Arbeiter selbst — nicht durch die rote Armee — herbeigeführt werden kann. Mit dieser Erkenntnis wird das große Sterben der kommunistischen Bewegung auch in der Tschechoslowakei kommen.

Rußlands Weg zum Völkerbund.

Eine Ansprache Rakowskys.

Diplomaten, auch russische, reden nicht im Ton der „Roten Fahne“. Wir haben schon heute morgen die ruhig abmahnenden, vieles erraten lassenden Worte des neuen Sowjetbotschafters in Paris, Rakowsky, aus dem „Manchester-Guardian“ wiedergegeben. Einen Kommentar dazu bildet die Rede, die Rakowsky bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsscheines gehalten hat. Rakowsky sagte:

„Daß in der öffentlichen Meinung aller Länder der Gedanke Wurzel gefaßt habe, daß man nicht an die Befriedigung Europas und der Welt denken könne, wenn die Sowjetregierung auch weiterhin bei der Lösung der großen internationalen Probleme ferngeblieben würde. Die ganz kurz zurückliegenden politischen Ereignisse hätten diese Wahrheit noch besser hervortreten lassen. Der Unterschied im sozialen und politischen Aufbau könne kein unüberwindliches Hindernis bilden. Wir sind bereit, an jedem ohne Hintergedanken unternehmen internationalen Werk aufrecht mitzuarbeiten.“

Wäre es wahr, daß der Vertrag von Locarno ein „Kriegspakt gegen Sowjetrußland“ ist, und daß sich Deutschland mit Hilfe der verräterischen SPD. als Landstrolach gegen Rußland an die Entente verkauft hat, so hätte der russische Botschafter in Paris solche Worte nicht sprechen können. Sie stellen zweifellos eine wohlüberlegte Kundgebung der russischen Regierung dar und stehen als solche in unverkennbarem und unüberbrückbarem Widerspruch zu den großartigen Aeußerungen der deutschen kommunistischen Propaganda.

Einem Vertreter des „Daily Herald“ erklärte Rakowsky, die Beziehungen Rußlands zu England seien durch das Verhalten der englischen Presse getrübt. Wäre das nicht der Fall, so würde Rußland Locarno ruhiger betrachtet haben. Ueber den fernern Osten sagte er:

Der wirkliche Kampf gehe dort nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem überlebten Regime der Kapitalisten und dem Geist nationaler Souveränität. Wenn eine Form der Zusammenarbeit möglich sei, die die volle Anerkennung der nationalen Souveränitäten in Asien gestatte, dann sei eine Vereinbarung möglich.

Und über den Völkerbund:

Rußland habe zu verschiedenen Malen erklärt, daß es für eine internationale Zusammenarbeit sei, aber wenn es dem Völkerbund beitrete, würden alle Differenzen zwischen

anderen Nationen und Rußland automatisch vor die Völkerbundversammlung gebracht werden und die Russen würden sich dann in einer schlechteren Lage befinden als gegenwärtig. Im Augenblick habe Rußland die Freiheit, mit anderen Nationen gesonderte Besprechungen und Verhandlungen zu führen, aber in Genf würde es völlig allein gegenüber den vereinigten Mitgliedernationen in der Minderheit stehen. Rußland würde dadurch seiner moralischen wie juristischen Waffen beraubt werden.

Das klingt fast wie letzte, und nicht einmal stichhaltige Vorbehalte, keineswegs wie eine grundsätzliche Ablehnung. Vor ein paar Monaten sprach Deutschland auch noch so.

Dem Vertreter der „Westminster Gazette“ erklärte Rakowsky, sein Nachfolger Krasin werde bereit sein, die Verhandlungen über die Regelung der russischen Vorkriegsschuld wieder zu eröffnen, vorausgesetzt, daß der gleiche Wunsch auf Seiten der britischen Regierung bestehe.

„Sachleute“ an der Arbeit.

Ein deutschnational-kommunistischer Korruptionsfumpf.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Die Danziger Deffentlichkeit beschäftigt sich seit einigen Wochen mit einem Finanzskandal. Im Freistaat Danzig liegt der größere Kurort Dłuba, dessen Einwohnerchaft zum größten Teil aus ehemaligen Offizieren und pensionierten Beamten besteht und der eine völlig rechts gerichtete Gemeindevertretung hat. Diese glaubt, auch ihren Teil an der Erneuerung und stillischen Erhaltung des deutschen Volkes arbeiten zu müssen. Aus diesem Grunde wurde vor einigen Jahren der frühere Bürgermeister des Ortes zwangsweise abgesetzt und dafür ein fromm deutsch-nationaler Parteigänger zum Bürgermeister gewählt. Unter der Herrschaft dieses Herrn ist nun in Dłuba mit Geldern der Deffentlichkeit in geradezu skandalöser Weise umgegangen worden. Bemerkenswerterweise gab es auch bei diesem löblichen Treiben eine Einheitsfront zwischen den Deutschnationalen und den Kommunisten. Der Führer der letzteren in Danzig war jahrelang der Abgeordnete Raube, der seines Zeichens Automobilhändler ist. Raube zeichnete sich in all den Jahren als Führer der kommunistischen Volkstagsfraktion durch eine besondere demagogische Kampfesweise gegen die sozialdemokratischen Arbeitervertreter aus. Seinen revolutionären Kommunismus befeiligte dieser Herr besonders durch einen öfteren Besuch der Zoppoter Spielbank, wo er größere Verluste hatte. Um diese auszugleichen, nahm er vor längerer Zeit bei der Sparkasse der Gemeinde Dłuba einen größeren Kredit auf, für den nicht die geringste Deckung vorhanden war und der in der Zoppoter Spielbank in kurzer Zeit verloren ging. Natürlich konnte Raube den Kredit nicht zurückzahlen. Die schwarzweißrote Gemeindevertretung gab aber diesem sauberen Revolutionär auch weiterhin größere Kredite, mit denen Raube angeblich Geschäfte abschließen wollte, durch die er dann die alten Schulden abtragen wollte. Im ganzen haben diese Kredite innerhalb 1 1/2 Jahren die Höhe von 1 1/2 Millionen Gulden, das sind etwa 1,2 Millionen Reichsmark erreicht. Diese verbrochenerlei leichtfertige Hergabe öffentlicher Gelder ohne genügende Sicherheit durch eine deutschnationale Gemeinde- und Sparkassenerwaltung an einen kommunistischen Abgeordneten scheint im ersten Augenblick unbegreiflich, wird aber verständlich, wenn man an die Einheitsfront denkt, in der sich Deutschnational und Kommunisten in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie fanden.

Der frühere deutschnationale Senat des Freistaates Danzig hat schon monatelang von diesen skandalösen Vorkommnissen gewußt, ist aber über eine Prüfung dieser Angelegenheit nie hinausgekommen. Erst dem neuen Danziger Senat, in dem auch unsere Genossen vertreten sind, blieb es vorbehalten, diesem Finanzskandal Einhalt zu tun. Die Folge war, daß der Abg. Raube die Führerschaft der Danziger kommunistischen Partei niederlegen mußte. Schlimmer sind die Folgen der deutschnational-kommunistischen Finanzoperationen für die Gemeinde Dłuba. Deren Sparkasse hat dank der sachmännischen schwarzweißroten Leitung einen Verlust von mindestens 3 Millionen Gulden.

Schlendrians, alles, alles, den ganzen Fluch, wie er in der Bibel geschrieben steht.

Die gleichen Hoffnungen knüpften wir an die Kolosse, die den Ozean durchspannen. Wir sahen in ihnen die Wahrzeichen menschlichen Schaffens, eine Siegesjule des Fortschritts auf dem Gebiete der Technik, das friedliche Bindeglied zwischen einem Erdteil und dem anderen. Der Begriff Menschheit begann eine sinnfällige Form anzunehmen; wir sahen den Anbruch einer Zeit, wo die Völker der Welt sich zueinander finden und gemeinsam dem Frieden entgegengehen. Friedenshoffnung schwellte unsere Brust, wenn wir irgendeinen Wasserloß, stolz und majestätisch, mit der Kraft eines Riesens und mit der Sicherheit eines Unüberwindlichen, auf dem Meere schwimmend sahen. — Aber eine Spanne Zeit nur, und die große Enttäuschung war da. Alle die Errungenschaften der Kultur und der technischen Erfindungen hatten dazu gedient, den einen Weltteil dem anderen in kriegerischer Rüstung näherzubringen.

Und erst bei der Erfindung des Flugzeugs und des Lustschiffs, wie haben wir da gejauchzt und jubelt! Der kleine Gott der Welt, wie Mephisto den Menschen höhnt, kam sich mit einem Male recht gewaltig vor: stolz wie ein Adler erhob er sich in die Lüfte, ein neuer Nachbar der Vögel. Das Erlebnis des Menschenflugs war uns das Symbol des kommenden Aufstiegs des Menschen, des Aufwärtstrebens in höhere Sphären, wo die Luft rein ist von den Miasmen des Hasses und der Feindschaft. Aber einige Jahre später wurden wir gewahrt, daß die Erfindung der Luftfahrzeuge nur dazu diente, von oben, woher sonst der Segen kommt, Tod und Verderben herabzuschleudern.

Die Technik hat im letzten Jahrhundert Riesenschritte gemacht. Aber sie wird der Menschheit erst dann ganz zum Segen gereichen, wenn auch die Menschen in der Menschlichkeit und in der Friedensgesinnung mit starken Schritten fortschreiten.

Wieviel Menschen sind völlig gesund. Dr. Eugen L. Fisk, der Direktor des „Life Extension Institute“ in New York, hat während 12 Jahren eine eingehende Untersuchung unter den Patienten dieses Institutes vorgenommen, um festzustellen, wieviel Menschen völlig gesund sind. Es wurden insgesamt 400 000 Menschen untersucht, und unter all diesen 400 000 Personen ist nicht eine einzige gefunden worden, die völlig gesund gewesen wäre. 60 Proz. dieser Menschen waren von so schwächlicher Konstitution, daß sie ärztliche Beratungen oder eine ärztliche Behandlung nötig hatten. Bei 40 Proz. war diese ärztliche Behandlung nicht notwendig, aber auch sie waren nicht ganz gesund, allerdings ohne es meist zu wissen. Die meisten von ihnen hatten irgendwelche Nervenleiden, die sie für Erregungszustände hielten. Andere waren blutarm, andere wieder zu dick, andere zu schlank. Sehr viele litten an Kopfweh, was sie offenbar nicht für eine Krankheit hielten. Erstaunlich viele hatten ein schwaches Herz, ohne daß sie irgendwie davon Kenntnis hatten, oder sich danach richteten. Sehr viele, die erkältet hatten, daß sie ferngehen seien, mußten sogar wegen irgendwelcher innerlicher Leiden in ärztliche Behandlung genommen werden. Sämtliche

da die Sparkasse auch an andere Personen in derselben leichtfertigen Weise Kredite ausgeben hatte wie an Raube. Auch diese Kredite sind für die Sparkasse völlig verloren. Zu den Kreditnehmern gehört übrigens der Herr Bürgermeister selbst. Die Folge seiner deutschnationalen Kommunalpolitik ist nun die, daß die Gemeinde Dłuba ihre Selbständigkeit verliert und nach Danzig einverleibt wird. Die Stadt Danzig selbst muß dafür die 3 Millionen Gulden aufbringen, um die Verbindlichkeiten der Dłubaer Sparkasse einzulösen.

Das einzige sozialdemokratische Mitglied im Sparkassenausschuss hat schon seit Jahr und Tag gegen diese skandalöse deutschnational-kommunistische Korruption angekämpft. Die Folge war die, daß dieser Genosse vor einiger Zeit von der reaktionären Justiz noch eingesperrt wurde, weil er angeblich durch die Aufdeckung dieser Korruption amtliche Geheimnisse preisgegeben haben sollte. Bezeichnenderweise haben sowohl die deutschnationalen wie die kommunistischen Zeitungen im Reiche, die sich bisher nicht genug in Schmähungen gegen die „Barnat-Sozialisten“ ergeben konnten, nichts von diesem wirklichen Korruptionsfumpf aus ihrem eigenen Lager berichtet.

Internationaler Achtstundentag.

Die Internationale in London.

London, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die in Paris beschlossene Konferenz der Exekutiv der Arbeiter-Internationale trat am Mittwoch in London zusammen. Es waren insgesamt 15 Länder vertreten, darunter Belgien durch de Brouckere, Frankreich durch Longuet und Bracke, und Deutschland durch Weis. Als englische Vertreter waren Macdonald, Buxton und Cramp anwesend. Außerdem waren der Vorsitzende der Arbeiterpartei Williams sowie Bauer als Vertreter Österreichs zugegen.

Die Vormittags Sitzung war zunächst mit Berichten der Ländervertreter über den Achtstundentag ausgefüllt. Die belgischen Delegierten konnten berichten, daß die belgische Regierung beschließen hätte, den anderen Regierungen mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie beabsichtige, demnächst einen Gesetzentwurf einzubringen, der die uneingeschränkte Ratifikation der Washingtoner Konvention darstelle. Dieser Gesetzentwurf werde der Kammer vorgelegt werden, sobald sie wieder zusammengetrete. Diese Mitteilung wurde von den Vertretern der verschiedenen Länder aufs wärmste begrüßt. Sie stellten jedoch fest, daß der Achtstundentag für die Arbeiter der verschiedenen Länder als nicht gesichert gelten könne, solange er nicht international garantiert sei. Es soll nunmehr eine intensive Propaganda mit Massenaktionen in den verschiedenen Ländern von der Sozialistischen Partei und den Gewerkschaften organisiert werden, um der Bewegung für den Achtstundentag einen neuen Anstoß zu geben. Die Aktion der belgischen Regierung will man zum Ausgangspunkt einer internationalen Bewirkung des Achtstundentags machen.

Am Nachmittag wurde die Diskussion über den Vertrag von Locarno durch längere Ausführungen Macdonalds eröffnet. Anschließend vertrat Buxton den speziellen Standpunkt der unabhängigen Arbeiterpartei. Hierauf sprachen de Brouckere, Weis, Bracke, Diamant und Abramowitsch. Schließlich wurde ein Komitee eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, eine Entschließung über die Gesamtaufassung aller hier anwesenden internationalen Vertreter über den Vertrag von Locarno zusammenzufassen.

Ein Balkanpakt. Das griechische Außenministerium hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Mitteilung geschickt, in der es heißt, Griechenland sei bereit, sich an einem Balkan-Sicherheitspakt nach Art des Vertrages von Locarno zu beteiligen.

Jahrestag des Faschismus. Am Jahrestag des Faschismus wurden in Triest Flugzettel verteilt, in denen es heißt: „Die alten Römer haben alle Völker der Erde überwunden. Das heutige Italien ist unüberwindlich. Der Brenner ist nicht ein Ziel, sondern ein Ausgangspunkt gegen Norden. Der letzte Italiener ist mehr wert, als tausend Ausländer. Italien besitzt das Monopol des schöpferischen Genies und wird es immer behalten. Deshalb muß jeder Fremde mit einer religiösen Demut italienischen Boden betreten.“

Technische Enttäuschungen.

Von S. Reiffels.

Hundert Jahre Eisenbahn, hundert Jahre Dampfmaschine, gewiß, der Menschengeist hat Grund zu jubelieren, denn er hat die Menschheit befreit, indem er in deren Dienst die Technik gestellt hat. Dennoch kann man in gewissem Sinne von technischen Enttäuschungen sprechen.

Wenn ich von technischen Enttäuschungen spreche, so meine ich nicht Enttäuschungen, die technisch, das heißt auf irgendeinem funktionellen technischen Wege zu bewerkstelligen möglich wären; etwa in dem Sinne, wie man von optischen Täuschungen spricht. Das meine ich durchaus nicht, wenngleich es sprachlich so aufgefaßt werden könnte. Unter technischen Enttäuschungen will ich die Enttäuschungen verstanden wissen, die wir an der Technik, an den technischen Erfindungen erlebt haben. Denken wir daran, welche kühnen Erwartungen wir auf die technischen Errungenschaften gesetzt, welche stolzen Hoffnungen wir an sie geknüpft haben, so können wir erst recht die Größe der an den technischen Errungenschaften erlebten Enttäuschungen voll ermessen.

In drei Beispielen sollen hier die technischen Enttäuschungen vor Augen geführt werden.

Es hat Zeiten gegeben, da die Menschen der festen Ueberzeugung waren, die Erfindung der Eisenbahn würde Menschen und Völker auf geradem Wege in das tausendjährige Reich des Friedens führen. Selbst ein so klarer Kopf wie Friedrich List hat fest daran geglaubt. Im Jahre 1835 schreibt List: „Die Eisenbahndampfwagenfahrt ist ein Hercules in der Wiege, der die Völker erlösen wird von den Plagen des Krieges, der Teuerung und Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des Schlendrians, der ihre Felder betrachten, ihre Wertstätten und Schätze bebauen und auch den niedrigsten ihrer Angehörigen Kraft verleihen wird, sich durch den Besuch fernher Länder zu bilden, in entfernter Gegend Arbeit und an fernem Heilquellen und Seegestaden Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu suchen! Durch die neuen Transportmittel wird der Mensch ein unendlich glücklicheres, vermögendere, vollkommeneres Wesen.“ Friedrich List hat bekanntlich um den Eisenbahnbau in Deutschland einen langjährigen aufreibenden, schließlich von Erfolg gekrönten Kampf geführt, und es liegt in der Natur des um eine Sache Kämpfenden, ein wenig zu übertrieben. In der Folge jedoch, als das Eisenbahnetz das ganze Erdbund umspannte, haben viele die gleiche Ansicht geteilt, die Hoffnung gehegt. — Das Jahr 1914 brachte uns die große technische Enttäuschung. Da wurde haben und drüben „amtlich“ bestätigt, daß ohne die Eisenbahn der furchtbare aller Kriege nicht möglich gewesen wäre. Da hätten wir mit den Eisenbahnen und trotz ihrer alle Plagen des Krieges, der Teuerung und der Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des

Unterjuchten mußten aber besondere Vorschriften für ihre Lebensweise erlassen, da sie entweder zu viel rauchten, zuviel Kaffee tranken oder zuviel turnten und ihre Herzmuskeln weit über ihr Vermögen anstrengten, oder irgend etwas anderes taten, das ihnen nicht zuträglich war. Die kranken Menschen können sich also mit der Tatsache trösten, daß unter einer 1/2 Million Menschen nicht ein einziger ferngefundener Mensch vorhanden ist.

Großkraftwerke und Zwergeanlagen. Das größte deutsche Kraftwerk ist Eisen-Knappschad, woleibt eine Leistung von 302 000 Kilowatt eingebaut ist und täglich bis zu 5 Millionen Kilowattstunden hergestellt werden. Dann folgen Jägerneuwitz mit 168 000 und Kochel (Wasserkraft) mit 117 000 Kilowatt. Im ganzen gibt es in Deutschland mehr als 3300 Kraftwerke — von denen allerdings die große Mehrzahl kleine Anlagen sind. Viele hundert Anlagen haben Leistungen von weniger als — 10 (!) Kilowatt, etwa 1000 bleiben unter 100 Kilowatt und sind ebenfalls noch als Zwergewerke zu bezeichnen. Die kleinsten Werke sind in Bayern, Baden und Württemberg zu finden, wo einige Duzend Anlagen an kleinen Wasserläufen vorhanden sind, die nur 3 und 4 Kilowatt liefern, also weniger als eine moderne Windkraftanlage. Alle deutschen Werke zusammen erzeugen etwa 6 Milliarden Kilowatt, wovon fast eine Million aus Wasserkraft gewonnen wird. Zwei Prozent aller Werke erzeugen 50 Proz. dieser Leistung, 11 Proz. der Werke stellen weitere 45 Proz. der Leistung her und die restlichen 53 Proz., nämlich 2870 Werke, erzeugen 5 Proz. der Leistung. Das sind Zahlen, die zu denken geben.

Wölfe und Bären vor Moskau. Im Umkreis von Moskau, nur 12 Kilometer von der Stadt entfernt, ist ein großes Wolfsrudel erschienen. Es wurde sofort eine große Jagd veranstaltet, bei der 20 Wölfe erlegt wurden. Eine Bärenjagd wurde im Kreise Rudolfs veranstaltet, nachdem die Bären dort in kurzer Zeit 189 Stück Vieh zerissen hatten. Auf dieser Jagd wurden 39 Bären zur Strecke gebracht.

Im Celling-Museum findet Donnerstag 8 Uhr ein Grabbegehend statt. Paul Friedrich spricht über den Dichter und liest aus seinem Grabbegehend Roman und Dr. Edgar Böcher - Groth regiert aus Grabbegehend letztem Drama „Die Gemannschicht“.

Die Bibliothek des Prof. Bamm, des verstorbenen hervorragenden Frauenarztes, ist von der Provinzial-Gelehrtenanstalt erworben worden und steht der Verzechtung als Studienmittel zur Verfügung.

Ilse Durieux wurde den Barnowks-Bühnen verpflichtet und wird zunächst im zweiten Abend von Scham. „Sura zu Rebusalem“ im Theater in der Königsgrüner Straße mitwirken; sie spielt die Frau Lautenleite in „Das Ereignis tritt ein“, das Drama in der „Tragödie eines stilligen Herrn“, und die Wirtin in „Bis an des Gedankens Grenze“.

Eine ständige Gemäldegalerie wurde in Deutzen eröffnet.

Eine Reformkommission. Die Sonderkommission des Völkerbundes zum Studium der Reformen hat an die interessierten Staaten eine Anfrage geschickt, in der sie um eine Mitteilung bis zum 6. Dezember d. J. ersucht, ob die Festlegung des Themas auf ein bestimmtes Datum bei den Unterrichtsministern auf Widerstand stoßen würde.

Erziehungsfragen im Landtag.

Fortsetzung der Kulturdebatte.

Der Landtag setzte heute die Kulturdebatte bei den Kapiteln Provinzialschulcollegium und höhere Lehranstalten fort.

Frau Abg. Dr. Wegscheider (Soz.):

Es erscheint volla- und staatsfeindlich, wenn man die höhere Schule paritätisch, die Volksschule aber konfessionell gestalten wollte. Die Förderung gegenseitiger Duldung kann bei einer Frau in konfessioneller Beziehung von Kind auf an sich nicht auswirken. Auch lehnen es meine Freunde ab, doch für die höheren Privatschulen nach den Worten des Ministers Ausnahmen für die konfessionelle Gestaltung gemacht werden können. Wir wünschen eine Ergänzung der Schulreform, auch eine Reform des Straßensystems. Viele Lehrer wissen sich noch immer nicht anders zu helfen als durch Prügel.

Die Förderung des Zentrumsabg. Dr. Kaufher, die Schulreform auf dem Grundlag der Gewissensfreiheit aufzubauen, findet auch bei den Sozialdemokraten durchaus Verständnis; allein die wirkliche Gewissensfreiheit ist nur bei gegenseitiger Duldung möglich und die Duldung kann nur mit Hilfe der paritätischen Schule gefördert und gepflegt werden. Zur Pflege des Gedankens der Bistenerverföhrung im Schulunterricht sollten die internationalen Bestrebungen zur Reinigung der Geschichtsbücher von den nationalistischen Legenden und Hehereien unterstützt werden. Wir haben viel zu wenig unterale Bildung. Seit dem Jahre 1870 wurde in den deutschen Schulen der national-egoistische Dünkel großgehoben. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bistenerbundes, für eine gründliche gegenseitige Kontrolle der Auslandsgeschichte in den Schulbüchern zu sorgen.

Bedauerlicherweise hat der Lehrer an der Spandauer Hochschule für Leibesübungen sich gegen das gymna- stische Turnen der Mädchen ausgesprochen. Dabei ist es doch ganz selbstverständlich, daß das alte Männerturnen nicht ohne weiteres von den Mädchen verlangt werden kann, weil es für sie viel zu anstrengend ist. Wir wünschen, daß das Ministerium sich gerade für die Pflege der rhythmischen Gymnastik im Mädchenturnen einsetzt. (Beifall bei den Soz.)

Gutachten der Gegenseite.

Vorlesungen über Marx und die Internationale.

München, 5. November. (WZ.)

Im Dolchstoß-Prozess wurde heute als weiterer Sachverständiger Major a. D. Volkmann, Mitglied des Reichsarchivs Potsdam, vernommen. Er erklärt: Es hat sich der Tatbestand ergeben, daß während des Krieges Dolchstoßhandlungen im Sinne der Definition der „Süddeutschen Monatshefte“ stattgefunden haben. Nachdem Professor Lehmann erklärt hat, daß seine Vorwürfe sich gegen die U.S.B. richten, ist nicht weiter zu unter- suchen, ob sich die Vorwürfe auf die Mehrheitssozia- listen beziehen. Ich beginne daher mit der Frage, ob die U.S.B. an dem, was als Dolchstoß bezeichnet wird, beteiligt war. Ich halte den Nachweis für erbracht, daß die Hauptführer die Tendenz des Dolchstoßes propagiert und in die Tat umgesetzt haben. Als verantwortliche Führer bezeichne ich Kautsky, Haase, Dittmann, Ledebour und Frau Zieg. Es sind das Angehörige vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel.

Die Frage des Dolchstoßes steht im engsten Zusammenhang mit dem Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat, zur Nation und zur Landesverteidigung. Diese Stellungnahme hat bekanntlich den internationalen Sozialismus von seiner Geburtsstunde an auf das tiefste beschädigt. Der Sozialismus bezeichnet sich selbst als international. Es besteht auch in der sozialistischen Weltanschauung das Recht der Landesverteidigung. Die Ansichten, wo die Rechte und Pflichten der internationalen Arbeitergemeinschaft anfangen und aufhören, gehen allerdings sehr weit auseinander. Bekannt ist die Stellungnahme, die Marx zur Landesverteidigung einnahm. Marx stünd dem Staat als dem Verwalter der kapitalistischen Weltanschauung in tödlicher Feindschaft gegenüber. Hinsichtlich der nationalen Frage war für Marx das Schicksal der internationalen Arbeiterbewegung eine höhere Angelegenheit als das Einzelschicksal der Völker. In einem internationalen Konflikt wolle er nationale Sonderinteressen den internationalen Interessen stets unterordnen. Seine Sympathien standen immer auf Seiten der demokratisch fortgeschrittenen Länder. Für die allgemeine Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Kriege sind die Beschlüsse der Arbeiterinternationale kennzeichnend. Der Kongreß von Lausanne verlangte Auflösung des stehenden Heeres und Abschaffung der Kriege, der Brüsseler Kongreß empfahl, bei einem allgemeinen Krieg in den Streit zu treten.

Um die Rückwirkungen.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Inter- alliierte Militärkontrollkomitee hat am Mittwoch den von ihm geforderten Bericht über den Stand der deutschen Abrüstung erstattet. Die Botschafterkonferenz wird morgen zusammenreten, um darüber Beschluß zu fassen.

Nach Mitteilungen der Morgenblätter soll das Gutachten des Warschauer Nach nur anerkennen, daß die deutsche Regierung bezüglich der in der Entwaffnungsnotwendigkeit geforderten Zerstörung von Material und Munition seit Socarno unlaugbare Beweise ihres guten Willens gegeben habe. Eine ganze Reihe der seinerzeit von der Botschafterkonferenz gemachten Auflagen seien inzwischen erfüllt worden. Das gelte insbesondere von der seit langem vergeblich geforderten Unbrauchbarmachung der Spezialmaschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial bei Krupp.

Dagegen gäben andere Fragen noch immer zur Beanstan- dung Anlaß, so die noch immer zu hohe Zahl der Polizeimannschaften, deren Effektivstärke die Deutschland zugestandenen militärischen Kräfte nahezu verdoppelt. Auch die Umstellung des Generalstabs sei noch nicht in der gewünschten Weise erfolgt. Vor allem aber gebe das Fortbestehen zahlreicher Geheimver- hände, deren Existenz mit dem Geist der Versöhnung und An- näherung unvereinbar sei, zu Beunruhigungen Anlaß.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Reit Parisien“ glaubt zu wissen, daß das französische Auswärtige Amt die Vorarbeiten zu der in Socarno der deutschen Regierung zugesicherten Milderung des Besatzungsregimes im Rhein- land beendet habe. Es ist u. a. in Aussicht genommen, den Posten eines Reichskommissars bei der Rheinlandkommission in Koblenz wieder zu besetzen und gewisse alliierte Kontroll- organe aufzuheben. Die allgemeine Absicht der Alliierten sei, die Verwaltung für die Tätigkeit der hohen Kommission zu beschränken und den deutschen Lokalbehörden größere Bewegungsfrei- heit zu lassen. Auch für die Presse seien weitgehende Erleichterungen vorgesehen. Dagegen sei ein bestimmter Termin für das In- tritttreten der Räumung noch nicht festgelegt.

Brüssel, 5. November. (Tl.) Der vorgestrige Ministerrat hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, u. a. wurde nach Anhörung des Außenministers beschlossen, daß die Ratifizierung des Vertrages von Socarno im Laufe des Monats Dezember in der Kammer beantragt wird. Man erwartet, daß die Ratifizierung einstimmig erfolgt.

Wanderer habe in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Räumung Kölns beginnen solle, sobald sich die alliierten Regierungen und Deutschland über die Abrüstungsbedingungen geeinigt hätten, die Deutschland nach zu erfüllen habe. Sobald die Reichsregierung formelle Verpflichtungen übernommen habe, soll die Räumung der Kölner Zone fortgeschritten er- folgen. Sie werde wahrscheinlich Ende Dezember beginnen und von da ab getrennt nach vor Ablauf von zwei Monaten beendet sein.

Die Opfer der Strafen.

3034 Strafenfälle verzeichnet die Berliner Statistik im letzten Vierteljahr. 39 Todesopfer sind der Strafe der Weisheit zum Opfer gefallen. Hier ließe sich mit Sentimentalitäten nicht sehr viel er- reichen. Die wichtigste Frage ist die: Wie läßt sich dieser Tribut an die fiebernde Technik vermeiden? Alle Vorbeugungsmaßnahmen, alle behandschuhnten Verkehrsregeln, alle Routine des Groß- städtens ist in dieser Hinsicht ein tägliches Stückwerk, wenn ein Fädchen reißt. Verkehrsunfälle haben sich nie vermeiden lassen. Die zunehmende Ueberlebung der Strafe zieht eine steigende Unfall- kurve nach sich. Das ist schmerzhaft, aber logisch. Das Logische ist oft sehr hart. Rindlich aber wäre es, mit der Härte dieser Entwid- lung zu hadern und mit Gewalt nach Sündenböden zu suchen. Evident: die Rücksichtslosigkeit des entsetzten Reformfahrers ist zu einer Gefahr für die Strafe geworden. Die Fanatiker der Schnelligkeit, die Leute, die für ihr Leben gern Kilometer fressen, haben 411 Unfälle auf dem Gewissen. Immerhin eine Zahl, die zu denken Anlaß gibt. Treibt die Repressivität von der Strafe! Sachtlichkeit ist im vielfältigen Gemirr dieser treibenden Geschäftigkeit alles. Eins stimmt traurig: drei Kinder wurden getötet. Davon abgesehen, daß sich die Zahl der getöteten Jugend- lichen von 10 auf 3 herabgemindert hat: Diese drei kleinen Toten werden bei aller Sachtlichkeit zu einem heißen Appell an das echte Gefühl. Wir Erwachsenen sind letzten Endes mitverschuldet, mit- schuldig an dieser stählernen, rosenden Rücksichtslosigkeit, die sich moderner Verkehr nennt. Wir stehen im Ring. Und zahlen unser Bößgeld. Wir sind und niemals ganz handelsein. Drei Kinder- körper verzuken unter der stählernen Faust dessen, was man als Industrialismus zu bezeichnen pflegt. Aber diese drei Kleinen, die es mit über den Haufen warf, sind sozusagen als Unbeteiligte ge- fallen. Als fassungslos neugierige Zuschauer. Sie zahlten gemisser- mafen die Abfahrsteuer. Das zwingt zur Nachdenklichkeit.

Das Großschwindel-Konsortium.

Gefährliche Scherz.

Ein großzügig angelegter internationaler Bank- schwindel ist durch die Berliner Kriminalpolizei vereitelt worden. Von der dreiköpfigen Bande, die alle Vorbereitungen ge- troffen hatte, um ihn ins Werk zu setzen, wurden zwei Mann in Berlin und der dritte in Hamburg festgenommen.

Vor einigen Tagen knüpften zwei Männer, die in einem Hotel in der Friedrichstadt abgestiegen waren, Verbindung mit einem Bankbeamten an, um gefälschte Bankscheine in Umlauf zu bringen. Die Kriminalpolizei kam hinter diese Vorbereitungen und erfuhr, daß die beiden Gäste des Hotels mit dem Bankbeamten eine Verabredung in einem Lokal in der Friedrichstadt planten. In dem Augenblick, als die beiden das Lokal betreten wollten, wurden sie von den beobachtenden Beamten festgenommen. Es sind ein 34 Jahre alter Kaufmann Ludwig Grauer aus der Brenner- straße in Hamburg und ein 41 Jahre alter Kaufmann Gustav Mühlhaus, der in Hamburg in der Klosterstraße wohnte. Die beiden bestritten alles. Eine Durchsuchung der Hotelzimmer und ein eingehendes Verhör der Verhafteten enthüllte jedoch ein Schwindelunternehmen, wie es großzügiger kaum angelegt werden kann. In den Zimmern der beiden fanden die Beamten des Sonderbezirks eine Unmenge von Material, eine große Perforiermaschine, um Auslandsscheine mit Summen in englischen Pfunden und amerikanischen Dollars sowie Geheimzeichen zu ver- fälschen, Stempel von fast allen Großbanken Deutschlands und des Auslandes, ebenso von Handelsstellen, Handelskammern und Be- hörden. Die Prüfung des Materials und das Verhör des Grauer und Mühlhaus überzeugten bald das Sonderbezirk, daß die beiden in Hamburg noch einen Helfershelfer haben mußten. Sie stellten fest, daß das ein Harry Wolf ist, der an der Wandbeter- Chaussee in Hamburg wohnt und in einem großen internationalen Speditionsgeschäft tätig gewesen ist. Die Bande war so weit ge- kommen, daß Grauer und Mühlhaus, die als Ausländer in dem hiesigen Hotel auftraten, drei große Scheine unterzubringen ver- suchten, einen über 4800 Pfund, einen zweiten über 2400 Pfund und einen dritten über 24000 holländische Gulden. Diesen Ver- such und weitere Schwindelaktionen vereitelte die Kriminalpolizei durch ihr Zutreffen.

Siedlers Plagen.

Immer wieder wird der Vorteil des Eigenheims betont, auf dem Papier und mit dem Munde kommt man den Menschen, die heute siedeln wollen, im weitesten Maße entgegen, denn Ver- sprechungen kosten nichts. Leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Die Schwierigkeiten, die die Behörden den Siedlern in den Weg legen, mehren sich von Tag zu Tag, es sieht so aus, als ob einige Kreise das größte Interesse daran haben, das Siedeln zu unterbinden. Augenblicklich ist in Groß-Berlin die Siedlung von Rahlsdorf an der Reihe. Es handelt sich in Rahlsdorf um die gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“, die auf dem Boden des ehemaligen Rittergutes Rahlsdorf Siedlungshäuser errichtet hat. Der Grund, der das Ziel- bausein Lichtenberg dazu führte, vor einigen Tagen dem Bauprojekt von weiteren hundert Kleinbauten die Genehmigung zu ver- sagen, ist hauptsächlich dieser: Die Straßen müssen gepflastert werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das preussische Flug- liniengesetz sieht vor, daß die Anwohner an einer neuen Straße die Kosten für die Pflasterung der Straße aufbringen müssen. Die Rahlsdorfer Siedler zahlten auch monatlich einen Beitrag von 2 M. für Straßenpflasterung. Das war aber zu wenig. Nachdem der Vorstand längere Zeit mit dem Tiefbauamt verhandelt hatte, erfuhr er, daß weiter gebaut werden dürfe, wenn der Betrag von 2 M. auf 15 M. erhöht werden würde, allerdings ermäßigte das Tiefbauamt diesen Satz nachträglich auf 8 M. Gestern abend fand nun in Rahlsdorf eine Protestkundgebung der Siedler statt. Gen. Wilhelm Bierchen sagte in einem kurz gefassten Referat auseinander, daß es für die meisten Siedler bei diesen schlechten Verhältnissen unmöglich sei, den Betrag zu zahlen, der Magistrat müsse Einsehen zeigen. In der darauf folgenden Dis- kussion bemühten sich einige Stadtverordnete die Gründe aufzu- leden, die zu diesen Maßnahmen führten und Wege aufzuweisen, die eine Besserung versprächen. Der Hauptgrund ist wohl dieser: im Magistrat sitzen sehr viele Feinde des genossenschaftlichen Siedlungsgedankens, der der restlosen Baupetitionierung einen Riegel vorschiebt. Das Ideal für die meisten Bauunternehmer bleibe noch immer das Berliner Hochhaus, das die Möglichkeit ge- wissenloser Ausnutzung der Bewohner bietet. Von hieraus erklären sich alle Schwierigkeiten, die den Siedlern in den Weg gelegt werden. Allerdings müßten die Straßen der Siedlungen gepflastert werden, aber die Mittel könnte die Stadt aus den Erträgen der Hauszins- steuer aufbringen und dafür dem Besitzer des Siedlungshauses eine Zwangshypothek eintragen lassen. Der Antrag, der heute mit der Berliner Hauszinssteuer betrieben werde — von 223 Millionen werden ungefähr 116 Millionen für andere Zwecke verausgabt —, müsse aufhören.

Die Verammlung nahm eine Resolution an, in der sie be- tonnte, daß es den Siedlern unmöglich sei, die ihnen auferlegten Lasten zu tragen.

Weitere Handelsunterfugung.

In seinem Kampf gegen die Uebersteuerung auf dem Lebens- mittelmarkt hat der Polizeipräsident auf Grund der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 eine neue Handelsunterfugung ausgesprochen, und zwar gegen den Wittinhaber und kaufmännischen Leiter einer der größten

Berliner Schlächtereien. In einer der Filialen dieser Großschlächtereien ist Kaiserl. Rotfleisch, das von einem anderen Groß- schlächter zu 170 M. eingekauft wurde, für 240 M. verkauft worden und Schweinefleisch für 235 M., während der Tagespreis 180 bis 2 M. betrug. — Wie wir seinerzeit mitgeteilt, ist die Polizei bereits in einem früheren Fall gegen einen Friedenauer Fleischer- meister mit Handelsunterfugung vorgegangen. Der Fleischer- meister hatte hierauf Beschwerde bei der Handelserschauinsstelle ein- gelegt und diese Stelle hatte die Entscheidung über die Handels- unterfugung bis zur Erledigung des gerichtlichen Verfahrens zurück- gestellt. Gegen denselben Fleischermeister ist aber erneut, und zwar auf Grund nachträglich bekannt gewordener Tatsachen die Handelsunterfugung ausgesprochen worden, einmal weil der Ver- kaufspreis der Waren wesentlich höher war als er auf dem Preisverzeichnis angegeben wurde und zum anderen, weil der Fleischermeister Belege, die er zuerst nicht beibringen konnte, nach Anhängigmachung des Verfahrens nachträglich beschafft hatte.

Der Bothmer-Prozess in Potsdam.

In großer Toilette auf der Anklagebank.

Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht begann heute mittag der lang erwartete Prozess gegen die 34jährige Gräfin Ellmar von Bothmer geb. von Dirde, der einfacher und schwerer Diebstahl vorgeworfen wird. Schon vom frühen Morgen war das Potsdamer Landgericht dicht belagert. Photo- graphen hatten sich in allen Ecken ausgebreitet, um die Ankunft der Gräfin zu fassen. Um 9.15 Uhr kam die Angeklagte in einem Privatauto, das dicht verhängen war, angefahren. Sie wurde mit lautem Geolke empfangen. Ein großes Polizeiaufgebot sorgte sofort für Ordnung. Vom Justizwachmeister wurde die Gräfin, die große Toilette mit langen Brillantohrringen angelegt hatte, in die Zelle 3 gebracht. Der Gerichtssaal ist dicht gefüllt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. West- kamp. Die Anklage vertritt erster Staatsanwalt Gerlach. Es sind 66 Zeugen geladen. Frau v. Bothmer wird beschuldigt, den Geheimen Justizrat Nie? in Potsdam im August d. J. fortgeführt bestohlen zu haben. Auch die Diebstähle im Bad Polzin werden ihr zur Last gelegt. Die Presse ist zum größten Teil in den Geschworenensälen untergebracht. Polizeibeamte legen die gestohlenen Teppiche auf den Beweistisch. Der Beginn des Pro- zesses verzögert sich um etwa zwei Stunden.

Unter ungeheurer Spannung des dichtgefüllten Gerichtssaales wird die Gräfin von Bothmer hineingeführt. Sie nimmt in der Anklagebank hinter ihren beiden Verteidigern, Justizrat Josephson-Potsdam und Rechtsanwalt Brand-Berlin, Platz. Keinerlei Befangenheit im Gesicht, das Haar hochmodern frisiert, eine so- genannte blendende Erscheinung. Sie wird etwas blaß, als der Vorsitzende mit der Verlesung der Personalien beginnt. Unter den Zeugen befinden sich die beiden Knaben der Angeklagten, deren Mann, der Regierungsrat Ludwig von Bothmer, und Polizeihauptmann Hefter. Heute kommt zuerst der Polziner Fall zur Verhandlung. Der Vorsitzende verbittet sich jede Kund- gebung. Die Gräfin ist geboren am 22. Februar 1891 in Krossen und ist unbestraft. Zum Polziner Fall äußert sich die Angeklagte dahin, daß sie sich ein Auto in Berlin gekauft und im Juli d. J. fuhr sie mit etwa 1000 M. nach Berlin. Auch Hauptmann Hefter nahm an der Reise teil. Auch Frau Rechtsanwält Sommer-Berlin war mitgefahren. Sie schildert dann die Autotour, bei der der Frau Sommer das Geld verschwand war. Die Angeklagte bestreitet, eine Geldtasche, noch Geld weggenommen zu haben. Sie sowohl wie Hefter haben sehr sparsam gelebt. Die Gräfin macht geltend, daß in dem Sanatorium öfter Diebstähle vorgekommen seien. Angeblich soll ein Buchhalter dort gestohlen haben. Bor- hat Hauptmann Hefter noch mehr Damenbekanntschäften? Angekl.: Natürlich, davon bin ich überzeugt. Borl.: Wir müssen uns mit der Person mehr beschäftigen. Angekl.: Wozu ist das nötig, ich habe Hefter 1919 kennengelernt. Borl.: Und Ihre Beziehungen zu Hefter. Angekl.: Das Wort Beziehungen lehne ich ab. Es ist nur Freundschaft, das uns verbindet. Borl.: Duzten Sie sich mit Hefter? Angekl.: Ja, selbstverständlich. Ich habe ihn in seiner Krankheit gepflegt. Geld habe ich ihm nicht gegeben. Borl.: Die Briefe, die Sie an Hefter geschrieben haben, sind doch sehr innig? Angekl.: Ja, ich habe mich von der Pots- damer Gesellschaft zurückgezogen und mich an Hefter angeschlossen. Jetzt werden die Briefe der Gräfin vorgelegt. Angekl. (wird rot): Ja, Hefter hat doch drei Schlafzimmer, ich habe Hefter auch in Gegenwart meines Mannes geküßt und nannte ihn „Rätschen“.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen.

Der Stadtwahlaußschuß trat heute zu einer zweiten Sitzung zusammen, um die Stadtverordnetenmandate nach Maßgabe der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen auf die einzelnen Wahl- vorstände zu verteilen. Auf die Kreiswahlvorschläge konnten 159 Mandate verteilt werden, so daß für die aus den Kreisen verbleibenden Reststimmen noch 66 Mandate zu verteilen waren. In den Kreisen haben nur die größten und größeren Parteien Mandate erhalten, im ganzen die Sozialdemokratische Partei 65, die Deutschnationale Volkspartei 40, die Kommunistische Partei 35, die Demokratische Partei 12, die künftig zusammen- gebundene Deutsche Volkspartei nur 7. Alle übrigen Parteien und Gruppierungen hatten nur aus ihren Stadtwahlvorschlägen noch auf Mandate zu rechnen, aber auch hier gingen eine ganze Reihe kleinster Gruppierungen völlig leer aus. Aus den Stadtwahlvorschlägen erhielten: die Sozialdemokratische Partei 8, die Deutschnationale Volkspartei 7, die Kommunistische Partei 8, die Deutsche Volkspartei 7, die Demokratische Partei 9, die Wirtschaftspartei 10, das Zentrum 8, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 1, die Deutschchristliche Freiheitspartei 3, die Deutschsozialistische Partei 3, der Evangelische Gemeinschaftsbund 2 Mandate. Aus den Kreis- wahlvorschlägen und dem Stadtwahlvorschlag zu- sammen erhalten die Sozialdemokratische Partei 73 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 47, die Kommunistische Partei 43, die Demokratische Partei 21, die Deutsche Volkspartei nur 14. Darauf folgen die nur mit Stadtwahlvorschlägen berücksichtigten Parteien, die Wirtschaftspartei mit 10 Mandate, das Zentrum mit 8 ufm. wie oben angegeben.

Für die Jeppellin-Gärner-Spende sind vom Magistrat Berlin 80 000 M. bewilligt worden.

Sprechklub für proletarische Feiertage. Die Ordner der proletarischen Feiertage treffen sich Sonntag früh um 8 1/2 Uhr im Großen Schau- spielhaus. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Es findet eine Vor- besprechung statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Wilmersdorf. Beim Obmann des Bildungsausschusses sind nach Berlin für folgende Veranstaltungen zu haben: „Proletarische Feiertage“ (Kommunisten) am Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Anhalterstr. 120. — Außerdem zu dem Schauspiel „Reinhold Heberlein“ am Sonntag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, im Staatlichen Schauspieltheater, Charlottenburg, Preis 1,50 M.
- 2. Wkt. Wilmersdorf. Alle Parteiführer und sonstigen tüchtigen Genossen treffen sich heute Donnerstag, pünktlich abends 8 Uhr, bei Quandt, Hindenburgdamm 64, Wilmersdorf. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Genossen erscheinen.
- 3. Wkt. Wilmersdorf. Freitag, 6. November, abends pünktlich 8 Uhr, im Zeppellin-Klub der 1. Gemeindefraktion: Funktionärversammlung.
- 4. Jungsozialisten. Gruppe Wilmersdorf. Heute (Donnerstag), abends 8 Uhr, im Jugendheim, Danziger Str. 42: Gruppenversammlung. Wichtige Tages- ordnung.
- 5. Gruppe Wilmersdorf. Heute (Donnerstag) pünktlich abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Danziger Str. 42: Disziplin über: „Imperialistische Politik“. Wegen der Revolutionar- isierung am Sonntag muß jeder unbedingt erscheinen. Besprechungsplan wird aufgestellt. Einzelheiten verteilt. Die Genossen aus der Arbeiterjugend sind eingeladen.

Gewerkschaftsbewegung

Der AFA-Bund zur Not der älteren Angestellten. Die Reichsregierung muß helfen.

Der AFA-Bund hat, wie bereits durch Veröffentlichung in der Presse bekannt, vor einigen Tagen Vertreter im Reichswirtschaftsrat dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates einen Antrag an die Regierung unterbreitet, diese möge eine Summe von 30 Millionen Mark als einmalige Unterstützung für die erwerbslosen älteren Angestellten sofort zur Verfügung stellen. Eine sofortige Unterstützung der älteren Angestellten ist angesichts der wachsenden Not unbedingt erforderlich. Der AFA-Vorstand hat daher dem Reichsarbeitsministerium eine Eingabe übermittelt, in der der erwähnte Antrag wiederholt wird und in der es dann heißt:

„Die Not und das Elend gerade der älteren Angestellten, die zum Teil länger als ein Jahr erwerbslos sind, haben einen solchen Höhepunkt erreicht, daß wir der Auffassung sind, daß sofortige Hilfe geleistet werden muß. Es ist keine Zeit mehr, um etwa das Ergebnis der Beratungen im Reichswirtschaftsrat abzuwarten, sondern es erhebt sich die Forderung, daß durch das Reichsarbeitsministerium leitens der Regierung die Initiative zur Linderung dieser Not ergriffen wird. Wir wissen sehr wohl, daß unter Arbeitslosigkeit heute alle Arbeitnehmergruppen stark leiden, sind aber der Auffassung, daß die älteren erwerbslosen Angestellten, die zur Zeit weder von einer Erwerbslosenunterstützung, noch bei der künftigen Regelung durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz erfasst werden, ganz besonders unterstützungsbedürftig sind.“

Wir sind gern bereit, zu einer Aussprache zur Verfügung zu stehen und bitten uns möglichst bald mitzuteilen, welche Schritte das Reichsarbeitsministerium in dieser Angelegenheit zu tun gedenkt. Die wachsende Not unter den erwerbslosen Angestellten fordert mit größter Beschleunigung ernste Maßnahmen zu ihrer Linderung. Eine Denkschrift des Arbeitsamtes Düsseldorf bespricht die trostlose Lage des Arbeitsmarktes für Angestellte. Von den 1015 erwerbslosen Angestellten beim Arbeitsnachweis Düsseldorf sind der größte Teil länger als ein Jahr erwerbslos. Aber nur 309 Angestellte erhalten Erwerbslosenunterstützung. Etwa 60,5 Proz. der Stellenlosen sind, nachdem sie wahrscheinlich ihre letzten Hoffnungen aufgegeben hatten, der Armenfürsorge anheimgefallen. Ein Bericht des hamburgischen Arbeitsamtes ergibt, daß von den erwerbslosen kaufmännischen Angestellten nur 45 Proz. Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Eine vom Zentralverband der Angestellten in Hamburg durchgeführte Erhebung hat ergeben, daß von insgesamt 204 erwerbslosen Angestellten 45 Proz. keinerlei Unterstützung erhalten.

Art. 41 des „Arbeitsmarktanzeigers“ enthält einen Bericht über die Arbeitsmarktlage für Angestellte. Ende September waren beim öffentlichen Arbeitsnachweis in Leipzig 834 arbeitssuchende männliche Angestellte vorhanden. Von diesen bezogen 338 Erwerbslosenunterstützung, 242 erhielten Unterstützung aus der Armenfürsorge, während 254 Angestellte keinerlei Unterstützung bezogen.

Angesichts dieser Verhältnisse muß von der Reichsregierung gefordert werden, daß sie endlich aus ihrer Passivität heraustritt. Es ist ihre Pflicht, sofort die vom AFA-Bund verlangten Mittel bereitzustellen, damit etwas zur Linderung der Not der erwerbslosen Angestellten getan werden kann.

Der Kampf in den Weißglashütten.

Die Unternehmer für die Verbindlichkeit des Schiedspruchs.

Wie wir erfahren, hat der Schuherbund Deutscher Weißglashütten den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Diese Stellung der Unternehmerorganisation ist ganz selbstverständlich. Der Hauptvorstand des Glasarbeiterverbandes hat dagegen den Schiedspruch abgelehnt und neue Verhandlungen beantragt.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß das Reichsarbeitsministerium einen Schiedspruch für verbindlich erklärt, der entgegen den klaren Bestimmungen der Arbeitszeitverordnungen die Arbeitszeit der Feuerarbeiter auf länger als acht Stunden täglich festlegt.

Zum Kampf in der chemischen Industrie.

Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter.

Die Generalversammlung am 1. November nahm den Geschäftsbericht des 1. Bevollmächtigten W. Reimann entgegen. Im dritten Vierteljahr wurden 17 Lohnbewegungen mit 5125 Beteiligten geführt, die eine wöchentliche Lohnsteigerung von 7705 M. brachten. Das Betriebsratssekretariat hatte 23 Klagen in 27 Terminen durchzuführen. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse belaufen sich auf 82.810 M. für Streckunterstützung wurden 16.160 M., für Erwerbslosenunterstützung 9677 M. ausgegeben, 16.168 M. wurden der Hauptkasse überwiesen. Die Sozialkasse bilanziert mit 49.282 M. Neu aufgenommen wurden 1179 Mitglieder, die aber durch die Fluktuation größtenteils wieder verloren gingen. Die Zahl der Beitragsleistungen weist jedoch eine wesentliche Steigerung gegen das zweite Quartal auf.

Uebergend zu dem Verlauf der Einzelbewegungen erklärte der Redner, daß die Erträge in allen Fällen abhängig von der Organisationsstärke. Das trifft ganz besonders für die Löhne in der chemischen Industrie zu. In Berlin ist zwar ein Schiedspruch gefällig, der die Löhne bis Mitte Februar regelt, aber der Ausperrung in der chemischen Industrie Bayerns und im Bezirk Frankfurt dürfen die Arbeiter der chemischen Industrie Berlins doch nicht gleichgültig gegenüberstehen. Es zeigt sich hier ganz klar, daß die Unternehmer ohne jede Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft vor dem brutalen Mittel der Ausperrung nicht zurückschrecken, um berechnete Lohnforderungen der Arbeiter zu bekämpfen. Die einzige Antwort, die die Arbeiter der chemischen Industrie darauf geben, kann nur direkter Anschluß an die Organisation sein, dann erübrigt

sich auch jede Sammelstätigkeit in den Betrieben, von der die Ortsverwaltung abrücken muß. Die Initiative hierzu kann nur vom Hauptvorstand ausgehen.

An der sachlichen Diskussion beteiligten sich Schöpfer und Glöger, die ihren kommunistischen Standpunkt vertraten. Volk, Kämmer, K. Schulz, Reizer und W. Reimann traten ihnen entschieden entgegen. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

„Die am 1. November 1925 tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin, begrüßt die Staudhaftigkeit der Chemiarbeiter in Süddeutschland, die sich gegen die Ausbeutung der Unternehmer wehren, und spricht ihnen ihre volle Sympathie und Solidarität aus. Sie wird alles tun, um den Kämpfern vollen Erfolg zu sichern. — Die Ortsverwaltung wird beauftragt in diesem Sinne tätig zu sein.“

Zum Schluß wurden noch einige Anträge den Bezirksversammlungen zur Beratung überwiesen.

Ein Aufruf der britischen Gewerkschaften.

Für die Streikenden in Bombay.

Der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften, der aus eigenen Mitteln 5000 M. für die streikenden Arbeiter in den Baumwollspinnereien in Bombay zur Verfügung gestellt hat, erklärt nunmehr einen dringenden Appell an alle ihm unterstehenden Gewerkschaften, das ihrige zur Unterstützung der streikenden Arbeiter beizutragen. In diesem Appell erinnert der Generalkonvent zunächst daran, daß die Ursache des Lohnkampfes in Indien, der nunmehr schon sieben Wochen dauert, eine Entschädigung der Spinnereibesitzer war, vom 1. September ab die Löhne um 1 1/2 Proz. zu kürzen. Da die Löhne dieser Arbeiter, angesichts der gestiegenen Lebenskosten, ohnehin schon völlig ungenügend seien, so seien die Arbeiter gezwungen gewesen, dieser Herabsetzung Widerstand zu leisten. Der Streik, der am 15. September ausgebrochen sei, habe nunmehr 153000 Arbeiter erfaßt.

Der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften hat sich auf den Standpunkt der streikenden Arbeiter gestellt und im Indienministerium in London in dieser Richtung Vorstellungen erhoben. In dem Aufruf wird betont, daß den streikenden Arbeitern keinerlei Streikfonds zur Verfügung stehen und daß die weitere Fortdauer des Streikes voll und ganz von der Unterstützung abhängt, die die indischen Arbeiter von der übrigen Arbeiterschaft der Welt finden. Die Lage der Arbeiter ist dadurch verschlechtert, daß zahlreiche streikende Arbeiter aus ihren Schwämm (Häuser, die von den Unternehmern an ihre Arbeiter vermietet werden) vertrieben wurden, und daß Tausende und aber Tausende Arbeiter noch immer Lohnforderungen an die Unternehmer haben, die in den August zurückreichen.

Da, wie von Jahr zu Jahr offenkundiger wird, der Lebensstandard der gesamten europäischen Arbeiterschaft mehr und mehr von dem Lohnstandard der Arbeiter im Fernen Osten abhängt, bzw. da auch die europäische Arbeiterschaft nur dann ihre Löhne aufrechterhalten kann, wenn die europäischen Industrien nicht durch die billige Arbeit der nunmehr kapitalistisch betriebenen indischen, chinesischen und japanischen Arbeiter zu Tode konkurriert werden, so haben die europäischen Arbeiter ein unmittelbares Interesse daran, daß die indischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen eine weitere Herabdrückung ihrer Löhne erfolgreich sind. Eine Unterstützung der indischen Arbeiter durch die europäischen Gewerkschaften ist daher nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern der Selbsterhaltung.

Der Schiedspruch für die Maßschneider.

Am 24. Oktober war für die Herren- und Damen Schneider ein Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums gefällig worden, der für die ersten fünf Städtegruppen eine Lohnsteigerung von 5 Pf. pro Stunde, für die übrigen Städtegruppen eine solche von 4 Pf. vorsieht. Die Erklärungsschrift war am 3. November abgekauft. Die Arbeitnehmersverbände haben dem Schiedspruch zugestimmt, der Arbeitgeberverband hat ihn abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben sofort die Verbindlichkeitserklärung bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt.

Einigung in der Reichsmonopolverwaltung.

Durch die Urabstimmung in den Betrieben der Reichsmonopolverwaltung für Brauwein in Berlin ist das Lohnangebot der Verwaltung vom 30. Oktober angenommen worden. Somit beträgt der Wochenlohn ab 30. Oktober für Arbeiterinnen 30,35 M., ungelernete Arbeiter 40,50 M., Kutscher 43,10 M., Filtrationsarbeiter und Arbeiter an der Rugekmühle 44,50 M. und Handwerker aller Art 46,65 M. Das Lohnabkommen gilt bis zum 27. Januar 1926.

Einigung im Bremer Baugewerbe.

Bremen, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die im Laufe der vorigen Woche im Bremer Baugewerbe ausgebrochenen Teilstreiks sind am Donnerstag beigelegt worden, nachdem die Bremer Bauunternehmer zu dem am 10. Oktober in Berlin vereinbarten Bauarbeiterstundensöhnen eine Zulage von 2 Pf. und zu den Bauhilfsarbeiterlöhnen eine solche von 1 Pf. bewilligt haben, so daß der Maurerlohn in Bremen jetzt 1,14 M. pro Stunde und der Bauhilfsarbeiterlohn 1,01 M. beträgt.

Beendigung des nordböhmisches Textilarbeiterstreikes.

Wardorf, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei den gestern in Rumburg stattgefundenen neuerlichen Beratungen wurde der Vermittlungsorschlag des staatlichen Leichter Gewerbeinspektors auf Erhöhung der Teuerungszulagen von 6 auf 9 Proz. von allen Arbeiterorganisationen angenommen. Detailfragen werden noch verhandelt, doch erwartet man für kommende Woche bestimmt die Wiederaufnahme der Arbeit.

Wirtschaft

Der deutsche Landwirtschaftsrat als Statistiker.

Wiederholt mußten wir uns mit der Statistik zur Landwirtschaftlichen Verschuldung beschäftigen, die der Deutsche Landwirtschaftsrat der Agrarengquete vorgelegt hat. In den der Agrarengquete ursprünglich vorgelegten, hettographierten Bogen wurde angegeben, daß 90 Proz. der Vorkriegshypotheken der ostpreussischen Landwirtschaft aufzuwerten seien. In den gedruckten Anlagen zu den Berichten des Agrarengquetcouschusses wurde berichtend angegeben, daß von den Vorkriegshypotheken 69 Proz. aufzuwerten seien. Nunmehr hat der deutsche Landwirtschaftsrat Abgeordnete von Plesch laut „Deutscher Tageszeitung“ in der Haushaltsdebatte des Preussischen Landtags festgestellt, daß 58 Proz. der ostpreussischen Vorkriegshypotheken aufwertungsbedürftig seien. Wir nehmen an, daß auch diese Ziffer auf Unterlagen der ostpreussischen Landwirtschaftskammer bzw. der Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern, des Deutschen Landwirtschaftsrates — denn der Unterschied zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer dürfte schwer festzustellen sein — beruht.

Man sieht, daß die statistische Arbeit dieser agrarischen Organisation einer Revision dringend bedarf. Außerdem aber scheint uns, daß eine derartige Unzuverlässigkeit einer amtlichen Organisation auch eine Nachprüfung durch die Aufsichtsbehörde erforderlich macht.

Fusion in der Zellstoff- und Papierindustrie. Die Feldmühle A.-G. Papier- und Zellstoffwerke Scholwin bei Stettin, bekanntlich eine der bedeutendsten Zellstoff- und Papierfabriken (Kap. 10 Mill. A.-M.) nimmt durch Kolfusion die Journierische Papierfabrik Hohen Krug in ihren Konzern auf. Die Papierfabrik Hohen Krug wird zur Filiale der Feldmühle W.G. Die Aktionäre erhalten Feldmühlensaktien und zwar aus den Vorratsaktien, die die Feldmühlensverwaltung noch zu Händen hat. Für die Feldmühle A.-G. bedeutet die Fusion die Angleichung der Produktion von hochwertigen Schreib- und Wertpapierpapieren, die bisher im Zellmühle-Konzern noch nicht betrieben wurde.

Kulmbacher Bier — 20 Proz. Dividende. Die deutsche Bierproduktion hat erst wieder 50 Proz. der Vorkriegsproduktion erreicht. Die Reichsbrau A.-G. Kulmbach, die stark exportiert, beklagt sich über die Hemmungen, die ihr Auslandsabfuhr noch immer findet. Von der stark erhöhten Biersteuer, die im Jahre 1924/25 dem Reich die beträchtliche Summe von rund 200 Millionen einbrachte, wurde behauptet, daß sie das Braugewerbe zum Erliegen bringen müsse. Die Brauereiverbände behaupten, daß eine Erhöhung der Bierpreise schon längst unabwendbar gewesen sei. Trotzdem erzielt die Brauereien, nachdem sie als einzige Industrie schon für 1923/24 Dividenden von durchschnittlich 10 Proz. verteilt hatten, auch in diesem Jahre große Gewinne. Die diesjährige Dividende der Reichsbrau A.-G. Kulmbach liegt mit 20 Proz. fast doppelt so hoch als die Vorkriegsdividenden (10 bis 12 Proz.). Wenn das Grundkapital mit 24 Millionen Mark auch gegenüber 1913 verringert ist (43,75 Millionen), der Betrag der ausgeschütteten Dividende (480 000 M.) ist bedeutend höher. Aus dem ausgewiesenen Reingewinn von 686 000 M. wird wie früher eine Verlustreserve für ausstehende Forderungen von 100 000 M. gebildet, 324 000 M. nominell verkaufte Aktien, die im Besitz der Verwaltung waren, brauchen nicht im Betrieb angelegt zu werden, sondern wurden der gefälligen Reserve zugefügt, die mit 530 000 M. heute fast 25 Proz. des Aktienkapitals ausmacht. Die nach dem Statut vorgezeichneten Mindestabfuhrungen (2 bzw. 10 Proz.) wurden bedeutend höher angelegt: 3 Proz. für Immobilien, 20 bis 25 Proz. für Rohstoffe und Koffer, 100 Proz. für Bahnmwagen und Geleise. Dabei erhöhten sich die Bankguthaben mit 878 000 M. auf das Fünffache (Schulden nur verdoppelt); aus dem Geschäftsgewinn konnten 676 000 M. Hypotheken und Darlehen gewährt werden. Alles in allem ein Substanzgewinn von mehr als 1 Million Mark über den ausgewiesenen Gewinn hinaus; und zwar in einem einzigen Jahre. Aus einer laßdicht bezahlten Belegschaft von rund 120 Mann. Aber auch die Brauereien klagten.

Eine Dollaranleihe Polens. Zwischen dem polnischen Finanzministerium und der Wiener Kreditanstalt, die die Interessen der amerikanischen Bankfirma Loeb, Ruhn u. Co. in Europa vertritt, wurde ein Abkommen über eine 100-Millionen-Dollaranleihe für Polen unterzeichnet. Die Anleihe wird in vier Raten ausbezahlt werden, und zwar am 31. Dezember 1925 40 Millionen Dollar, im Februar 1926 20 Millionen und dann in Abständen von drei Monaten noch zweimal 20 Millionen Dollar.

Die wichtigsten Zollermäßigungen für italienische Waren. Im deutsch-italienischen Handelsvertrag sind, wie bereits gemeldet wurde, den Italienern für eine Reihe wichtiger Positionen erhebliche Zugeständnisse gemacht worden. So stellen sich die Sätze für Kunstseide allgemein 60 M. je Doppelzentner (anstatt 100 M. nach dem autonomen Tarif), Kunstseide zweimal gewirnt 120 M. (autonomer Satz 160 M.), weißer Wein 45 M. je Hektoliter (autonomer Satz 80 M.), roter Wein 32 M. (autonomer Satz 80 M.), Reis unpoliert und poliert 2,50 M. je Doppelzentner (autonomer Satz nach dem 31. Juli 1926: 4 M.), Blumentohl immer in der Zeit vom 1. November bis 31. Mai jedes Jahres 2,50 M. (autonomer Satz 20 M.), Tomaten jeweils vom 1. Mai bis 15. Juni 2,50 M., jeweils vom 16. Juni bis 30. September 1,50 M. (autonomer Satz 20 M.), Automobile 5 bis 9 Doppelzentner 175 M., 9 bis 12 Doppelzentner bis zum 1. Juli 1927 180 M. (autonomer Satz 250 M.), bis zum 1. Januar 1927 225 M., bis zum 1. Juli 1927 200 M. und danach 180 M.).

Berichtswortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Erich Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glöger; Redaktion: A. G. Müller; Statistik: Carl Reiter; Reichsmonopolverwaltung: H. Schulz; Land: G. Müller; Berlin: Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Das Herz.

Von Dr. Kurt Reiter des kaiserlichen Höflichen Arztes „Wills“. Es ist noch vor nicht langer Zeit, daß die medizinische Wissenschaft den Herzkranken hilflos gegenüberstand. An das Herz konnte man nicht herankommen, und die besten Mittel (Digitalis usw.), die man berechnete, um es zu erreichen, und noch abzurufen, um das Herz bei schweren Erkrankungen (Grippe, Lungenerkrankung usw.) zu beruhigen, waren als Hilfsmittel nicht geeignet. Das hat sich allmählich alles geändert, besonders durch die neuesten Erfahrungen mit den elektrischen Stromen. Selbst die herkömmlichen, jahrelang behandelten Herzkrankheiten können heute gelindert und geheilt werden, besonders durch die noch viel zu wenig angewandte Diathermie, das sind hochfrequente Ströme,

die sich im Körper in Wärme verwandeln. Ich kann also durch entsprechende Anordnung der Elektroden vollständig schmerzlos das Herz direkt behandeln und dadurch in verhältnismäßig wenig Sitzungen diese wunderbaren Erfolge erzielen. Ebenso wie bei dem Herzen sind die Erfolge der Diathermie auch bei den anderen inneren Organen, Leber, Nieren, Galle, Magen, Blase, Milz usw., was auch ich noch in späteren Artikeln zurückkomme. Ich kann die elektrischen Stromen, bei denen Diathermie mit großem Erfolge angewandt wird, hier nicht alle aufzählen. Selbst der Herzkrankheiten gehört dazu, selbst wenn er schon jahrelang behandelt ist. Ein solches Spezialität ist die Herzerkrankung nach Herzfehler, die auch oft in letzter Zeit die schwersten Herzkrankheiten heilt. Aber wenn durch diese Herzerkrankungen die Herzerkrankungen sehr verhältnismäßig leicht zu heilen sind

und Herzkranken sich nicht mehr als Todesurteil zu betrachten brauchen, so soll man doch auf sein Herz mehr achten und die Heilung nicht auf die letzte Hand stellen, wenn Herzerkrankungen vorliegen, sei es durch den ganzen Organismus. Auch akute Krankheiten, Grippe, Lungenerkrankung und andere, werden sehr gefährlich, wenn das Herz nicht instand oder auch nur zu schwach ist. Man warte nicht, bis der erste Schlaganfall eintritt ist. Einmal in der Herzerkrankung, unregelmäßiger Puls, zu langsam oder zu langsam, zu hart oder fast unmerklich, Aussetzen des Pulses, Schwindel, Schwindelanfälle usw. sind Warnungssignale. Man muß etwas für sein Herz oder das seiner Kinder (dann auch bei diesen treten schon oft Herzerkrankungen auf) tun. Man muß das Herz unterstützen lassen, was in mit geringen Kosten verfahren ist. Besonders die vollständig erfahrene Herz-

durchleuchtung mittels Röntgenstrahlen zeigt dem Arzt auf den ersten Blick das Herz in seiner Funktion, seiner Lage, seiner Größe usw. In Anbetracht der geringen Mittel, die manchen zu Gebote stehen, habe ich die Einrichtung getroffen, daß im kaiserlichen Höflichen Arztes „Wills“, Belle-Alliance-Platz 66, in den politischen Straßensenden, Wanta und Tommerstr., abends von 6-7 Uhr, für wirksame Röntgenstrahlung die Röntgendurchleuchtung zu einem Drittel des schon an und für sich sehr niedrigen Preises auszuführen werden. Die sonstige Unterweisung ist zu diesen Stunden kostenlos. Für Bemittelte finden Beratungen und Röntgenstrahlentherapien durch einen Hocharzt für Herzkrankheiten, der im herkömmlichen Rahmen besondere Erfahrungen erlangt hat, täglich von 10-11 und 4-7 Uhr, Sonntags von 10-4 Uhr, statt. (Ansprüche: Dönhoff 4428.)

Ueber Nadu wird jung und alt, ob klein oder groß, von der so billigen **Läuseplage** und unangenehmen **Läuseplage** durch die nach Gebrauch meines schmerzlos und sicher wirkenden **Wahlplugs** **„Ja-So“ Läuseplod** gegen Kopf-, Körper- und Bettläuse, Flöhe 90 Pfennige nur allein bei **Arthur Mothes**, Berlin W 21, Wilhelmstr. 41, Raum 2121

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen
Eigene Fabrikate in gediegenes Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijou-Str. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig
Börrdig
in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Bären-Stiefel
halbfester
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Spitzelmarkt 7
Besonders **billig!**
wichtig sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angehört dem Verb. sozialer Bauverbände
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel -
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit